

# 11 Fragen der Offenen Kirche an die Kandidat\*innen für die Landtagswahl 2021 in Baden- Württemberg (Wahlkreis Reutlingen)

1. Die Schere der Einkommensverhältnisse zwischen Arm und Reich geht weiter auf. Was wollen Sie als Abgeordnete Ihrer Partei für eine gerechtere Verteilung von Wohlstand tun? (Reihenfolge nach Eingang der Antworten)

<p>Thomas Poreski - Die Grünen</p> 	<p>Ramazan Selcuk – SPD</p> 	<p>Günter Herbig - Die Linke</p> 	<p>Regine Vohrer – FDP</p> 	<p>Frank Glaunsinger - CDU</p> 
<p>Vieles davon muss auf Bundesebene geregelt werden. Dazu haben wir zum Beispiel in unseren Bundestagswahlprogrammen und im neuen Grünen Grundsatzprogramm viele Strategien und Maßnahmen zur Chancen-, Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit formuliert. Von einer diskriminierungsfreien und existenzsichernden Grundsicherung und einer Kindergrundsicherung über eine Mindestrente und das Bürger*innenversicherungsprinzip bis hin zu einer besseren Bildungspolitik und der Perspektive eines Grundeinkommens. Diese Ziele unterstützen wir auch im Rahmen der landespolitischen Zuständigkeit. Wir haben im Land den ersten Armuts- und Reichtums-Bericht erstellen lassen und schreiben diesen durch das Gesellschaftsmonitoring ständig fort. Im Landesbeirat für Armutsbekämpfung, in dem ich die Grüne Fraktion vertrete, haben wir mit der Unterstützung von kommunalen Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut und dem Aktionsjahr „Kinder chancenreich“ wichtige Impulse gegen Armut und soziale Ausgrenzung gesetzt - mit zusätzlich 3 Millionen Euro vom Land. Diese Netzwerke möchte ich flächendeckend etablieren. Zudem wollen wir einen Fonds einrichten, der benachteiligten Menschen die Teilhabe an Kultur und zivilgesellschaftlichem Engagement ermöglicht.</p>	<p>Ich bin überzeugt davon, dass ein solidarisches Miteinander unserer Gesellschaft nur möglich ist, wenn eine faire Verteilung von Wohlstand gewährleistet ist. Konkret ist es deshalb wichtig Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen steuerlich stark zu entlasten und stattdessen eine höhere Steuer für Gutverdiener*innen einzuführen. So soll ein Ausgleich stattfinden. Zudem soll die Fahndung nach Steuerbetrug stärker priorisiert werden, da die dadurch verursachten Steuer-einbußen auch wieder zu einem Großteil von der arbeitenden Gesellschaft aus Unter- und Mittelschicht getragen wird, obwohl das meiste Geld hierbei eher durch die Oberschicht verloren geht.</p> <p>Zusätzlich sollen auch im sozialen und gesundheitlichen Bereich erhebliche Ausgleiche getätigt werden. Ich fordere ein einheitliches Gesundheitssystem, bei welchem alle Bürger*innen das Recht auf gleiche Behandlung haben und keine Unterschiede zwischen Arm und Reich gemacht werden.</p> <p>Ein weiteres Anliegen ist es mir, für alle eine gesicherte Rentenversorgung zu gewährleisten. Es darf nicht sein, dass Senior*innen in einem, doch eigentlich so reichen Land wie diesem, Flaschen sammeln müssen oder auch nach dem eigentlichen Rentenalter noch weiterarbeiten müssen, um nicht in Altersarmut zu fallen oder gar mit dieser leben zu müssen.</p>	<p>Ein Großteil unserer Programme in Bund, Land und Kommunen ist genau diesem Sachverhalt gewidmet. Die Corona-Krise verschärft den Gegensatz zwischen Arm und Reich nochmal unglaublich. Beispiel Bildungsgerechtigkeit: Die Versorgung mit Tablets und damit der benachteiligten Familien am Digitalunterricht ist nur teilweise erfolgt. Kinder aus ärmeren und oft bildungsbenachteiligten Familien wurden noch mehr abgehängt.</p> <p>Wir fordern auf der einen Seite (des asozialen Reichtums), die wirklich Reichen in die Solidarität zu zwingen durch Initiativen, in die auch verfassungsmäßig längst fällige Vermögenssteuer, eine Sonder-Vermögensabgabe für Superreiche, höhere Erbschaftssteuern und endlich wirklich effektive Anstrengungen, Steuerflucht und -vermeidung zu verfolgen und zu ahnden.</p> <p>Auf der anderen Seite kann das Land durch viele Fördermaßnahmen Hilfestellungen geben: Bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen für soziale Aufgaben: für Ticket-losen bzw. kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, kostenlose Kitas bis hin zum kostenlosen Studium, landeseigene Wohnungsbaugesellschaft für jährlich 30.000 neu zu bauende Sozialwohnungen, 6 Jahre Mieterhöhungsstopp. Zur Stärkung der Kommunen würde es auch beitragen, endlich 100 statt 50 Prozent der Investitionsverpflichtungen im Klinikbereich zu übernehmen. Das zwingt z.B. Kreiskrankenhäuser wie das Reutlinger an die Verschuldungsgrenze mit der Gefahr, Beute von Finanzhaien zu werden, u.v.a.m.</p>	<p>Ich will bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen, eine Grundsicherung durch "Bürgergeld" (negative Einkommensteuer) einführen, Hinzuverdienste von Empfängern sozialer Leistungen maximal zur Hälfte anrechnen und Schonvermögen ausweiten. Die Grundsicherung will ich viel stärker auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt und auf Weiterbildung ausrichten.</p>	<p>Wohlstand entsteht durch ordentliche und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Wir müssen also dafür sorgen, dass es davon ausreichend gibt. Wer zur Arbeit geht muss davon auch gut leben können. Dazu gehört auch eine ordentliche Bildung. Gerade Kinder aus weniger privilegierten Haushalten drohen den Lehrern in der Coronapandemie abhanden zu kommen, auch, weil die digitale Ausstattung und die Möglichkeiten der Eltern beschränkt sind. Gerade jetzt müssen wir dort besonders unterstützen. Aber auch nach der Pandemie wollen wir unter anderem mit einem neuen Verteilungsschlüssel dafür sorgen, dass Lehrkräfte an Brennpunktschulen entsprechend stark vertreten sind, um das, was die Eltern zu Hause nicht leisten können, aufzufangen.</p> <p>Mit Neiddebatten und Umverteilungsplänen werden wir dieses Problem nach meiner Überzeugung nicht lösen.</p>

## 2. Die Mieten steigen. Was ist zu tun, dass Menschen mit geringen Einkommen bezahlbaren Wohnraum finden?

Thomas Poreski - Die Grünen	Ramazan Selcuk - SPD	Günter Herbig - Die Linke	Regine Vohrer - FDP	Frank Glaunsinger - CDU
<p>Die Mietpreisbremse, die in Baden-Württemberg in 89 Kommunen gilt, ist ein sinnvolles Instrument, um Mieterhöhungen auszubremsen. Aber das genügt nicht. Wir brauchen im Bundesrecht eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit, die dauerhaft günstigen Wohnraum schafft und Kommunen ebenso wie Sozialgenossenschaften von engagierten Bürgerinnen und Bürgern unter die Arme greift. Wir benötigen Instrumente wie die Grundsteuer C, die gegen Bodenspekulation wirkt, sowie Instrumente gegen spekulativen Leerstand. Kleine private Vermieter/innen, die sich häufig sehr sozial verhalten, müssen hingegen unterstützt, durch das Angebot einer Risikoabsicherung bei ausbleibenden Mietzahlungen ermutigt und gegen Risiken wie Mietnomaden besser geschützt werden.</p> <p>Wichtig ist da anzuknüpfen, wo wir gute Grundlagen geschaffen haben: Das Land hat die Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau in der vergangenen Wahlperiode auf insgesamt eine Milliarde Euro nochmals vervielfacht – nachdem es bis 2011 komplett ausgestiegen war. Durch den Grundstücksfonds können sich ärmere Kommunen mit Landesmitteln Grundstücke sichern, um darauf dauerhaft bezahlbaren Wohnungsbau zu realisieren.</p>	<p>Die aktuelle Situation des Wohnungsmarktes spitzt sich immer weiter zu. Es kommt nicht selten vor, dass Menschen über die Hälfte ihres Einkommens für ein Dach über dem Kopf abgeben müssen. Ich sehe hier ein eindeutiges Versagen des Marktes und somit auch der darauf bezogenen Politik. Daher schlage ich Neuerungen in eben dieser vor. Zu aller erst bin ich für eine Deckelung der Mieten für alle nicht -preisgebundenen Wohnungen und auch eine feste Obergrenze, welche sich an der ortsüblichen Vergleichsmiete orientiert. Auch soll es die Möglichkeit geben, überteuerte Mieten wieder auf ein bezahlbares und faires Niveau herabzusenken. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass Wohnen bezahlbar bleibt oder mancherorts sogar erst wieder wird und nicht weiter das Luxusgut bleibt, welches es heute für manche ist.</p> <p>Zu aller Letzt ist ebenfalls wichtig zu betonen, dass hier nicht nur die einzelnen Kommunen gefordert sind, sondern auch das Land sich in Zugzwang sehen sollte.</p>	<p>Die LINKE fordert einen Mietpreisstopp für 6 Jahre. Wir wollen dazu eine Volksbefragung initiieren und suchen auch die Kirchen als Verbündete. Dazu sollen jährlich 30.000 Sozialwohnungen gebaut werden, unterstützt durch eine Landeswohnungsbaugesellschaft und mit Blick auf Barrierefreiheit. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sollen gefördert werden. Das Land muss die Kommunen drängen, leerstehenden Wohnraum notfalls mit angemessenem Druck zu hinterfragen und zu sanktionieren. Die Mittel dazu sind gegeben.</p> <p>Die Mietpreisbremse muss deutlich nachgeschärft werden, wenn der Mietpreisstopp nicht durchgesetzt werden kann. Die Linke unterstützt eine Förderung von Mietshäuser-syndikaten und Mehrgenerationenprojekten. Obdachlose sollten mehr und unbürokratisch unterstützt werden, z.B. mit mehr Wohnungsnothilfen.</p>	<p>Bauen, Bauen, Bauen. Bei Neubauten von Mietwohnungen bin ich für einen Drittel-Mix: je ein Drittel Sozialwohnungen (Haushaltseinkommen von bis zu 51.850 € pro Jahr), preiswerte Wohnungen (Mieten müssen zwischen 10 und 33 Prozent unter den ortsüblichen Vergleichsmieten liegen) und frei vermietbare. Für Betroffene der Coronakrise will die FDP ein Sonder-Wohngeld.</p>	<p>Die neuesten Statistiken zum Berliner Mietendeckel haben gezeigt, was die CDU lange prophezeit hatte: Es bringt nichts. Wohnraum wird knapper und die Mieten im Umland steigen deutlich schneller.</p> <p>Wir brauchen mehr Angebot von bezahlbarem Wohnraum. Bauen ist heutzutage durch immer neuere Auflagen deutlich teurer geworden und viele Menschen schrecken daher zurück. Hier müssen wir gegensteuern und mit Instrumenten, wie Senkung der Grunderwerbssteuer oder dem Baukindergeld des Bundes dafür sorgen, dass sich auch Familien mit schmalerem Geldbeutel Eigentum leisten können. Debatten wie die um Einfamilienhäuser oder immer höhere Anforderungen an die Energieeffizienz bringen uns hier nicht weiter.</p>

### 3. Flüchtende versuchen nach Europa zu kommen. Wie stehen Sie zur Beteiligung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg an der Ausrüstung eines Schiffes zur Seenotrettung?

Thomas Poreski - Die Grünen	Ramazan Selcuk - SPD	Günter Herbig - Die Linke	Regine Vohrer - FDP	Frank Glaunsinger - CDU
Das finde ich ein richtiges gesellschaftspolitisches Signal. Konkrete Menschen in Not brauchen Hilfe, ohne Ausreden. Das darf auch nicht gegen die – ebenfalls notwendige und endlich auch praktisch umzusetzende - Beseitigung von Fluchtursachen ausgespielt werden.	In erster Linie begrüße ich jegliche Unterstützungshilfe für die Seenotrettung und sehe dies als einen Akt der Solidarität mit all diesen notleidenden Menschen. Allerdings sehe ich darin gleichwohl auch ein Armutszeugnis der Politik, da es eigentlich deren Aufgabe ist diesen Menschen ausreichend Hilfe zukommen zu lassen. Dass in der aktuellen Situation nun allerdings private und kirchliche Vereinigungen aktiv werden müssen ist für mich ein Beleg dafür, dass hier von Regierungsseite nicht annähernd genügend getan wird und hier eindeutiger Nachholbedarf herrscht.	Es ist ein Skandal, dass Schiffe in vielen Häfen am Auslaufen gehindert werden, um Flüchtende zu retten. Die Evangelische Kirche könnte den Bemühungen um Seenotrettung zusätzliches Gewicht verleihen, wenn ein eigenes Schiff dazu ausgerüstet und eingebracht würde. Wäre super! Wäre interessant, ob sonntägliche Kollekten dazu vielleicht überdurchschnittlichen „Ertrag“ bekämen. Ich habe als Mitglied eines kirchlichen Singteams zu Beginn der neueren Flüchtlingskatastrophe sehr viel Spendengeld einsammeln können.	Das ist Sache der Kirche.	Ich bin nicht der Meinung, dass es die Aufgabe unserer Landeskirche sein muss, sich um die Seenotrettung im Mittelmeer zu kümmern. Das ist eine europäische Aufgabe. Die Europäische Union muss hier dringend tätig werden und dafür sorgen, dass das Sterben unschuldiger Menschen auf dem Meer aufhört. Damit meine ich aber auch, dass die Anstrengungen dringend verstärkt werden, den Schleppern, die aus der Not der Menschen Kapital schlagen, endlich und nachhaltig das Handwerk zu legen.

### 4. Welchen Beitrag wollen sie dazu leisten, dass die Integration von Migrant\*innen in Baden-Württemberg gefördert wird?

Thomas Poreski - Die Grünen	Ramazan Selcuk - SPD	Günter Herbig - Die Linke	Regine Vohrer - FDP	Frank Glaunsinger - CDU
Wir haben in Baden-Württemberg, bundesweit einmalig, über 1000 Integrationsmanager*innen, vom Land finanziert. Diese Strukturen benötigen wir weiterhin. Wir fördern die Integration in das gesellschaftliche Leben und in den Arbeitsmarkt – und fordern, dass Menschen, die sozial integriert und vom Arbeitsmarkt gewollt sind, eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive erhalten.	Da ich selbst eine Migrationsgeschichte habe, kenne ich die Herausforderungen für eine gelingende Integration sehr gut. Aus eigener Erfahrung weiß ich daher aber auch, dass Sprache einer der wichtigsten Schlüssel hierbei ist. Daher brauchen wir schnellstmöglich eine funktionierende Sprachförderung für Migrant*innen.  Zudem ist Begegnung ein wichtiges Schlagwort. Nur durch Maßnahmen, wie eine Quartiersverteilung und gleiche Bildungschancen, die dafür sorgen, dass Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religion und sozialer Schicht aufeinandertreffen, kann ein Wir-Gefühl geschaffen werden, welches für eine vollständige Integration und den Abbau von Vorurteilen nötig ist.	Ich persönlich habe den Freundeskreis Asyl Pliezhausen mitbegründet und organisatorisch jahrelang mit geleitet. Aktuell betreue ich eine Migrant*innen-Familie mit fünf Kinder, davon zwei mit Usher-Syndrom (Taubblindheit).  Der obligatorische Deutschunterricht ist nach eigenem Erlebnis katastrophal. Viel zu große Gruppen (bis 30) von teilweise „lustlosen“ Lehrer*innen programmieren manchen Misserfolg. Ein Kind in der Regelschule war ein halbes Jahr vom Hybrid-Unterricht quasi ausgeschlossen! Ausweisung von Migrant*innen in Arbeit und Ausbildung sind nicht nachvollziehbar, auch aus der Sicht der Arbeitgeber*innen.	Wir Freie Demokraten wollen Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potenziale und Visionen für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen. Das bisherige System der Integrationskurse als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte, genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderergesellschaft nicht. Wir Freien Demokraten fordern daher ein neues, modulares Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht.	Erfolgreiche Integration erfordert Haltung und den Willen zur Integration. Wer hier leben möchte, muss seinen Beitrag leisten, sich an die Regeln halten und unsere Werte akzeptieren. Jeder in unserem Land trägt Verantwortung für sich selbst, für seine Familie, seinen Partner und für unsere Gemeinschaft. Integration ist miteinander statt nebeneinander leben. Der entscheidende Ort hierfür sind die Kommunen. Wir werden sie in ihrer Arbeit deshalb auch künftig verlässlich und nachhaltig unterstützen. Wir stellen dem Landesbeirat für Integration einen Landesintegrationsbeauftragten zur Seite, der gemeinsam mit ihm den Pakt für Integration mit den Gemeinden weiterentwickelt und die Integrationsstrukturen ausbaut. Uns geht es um bessere Unterstützung des Spracherwerbs, bessere Integrationsmöglichkeiten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt - gerade für Frauen - sowie Anerkennung von Berufsabschlüssen. Wir bekennen uns zudem zur Schulsozialarbeit, den Jugendberufshelfern, aber gerade auch zu den Kirchen, die bei jungen Migranten einen wertvollen Beitrag leisten.

**5. Wir haben einen Notstand in der Alten- und Krankenpflege.  
Was muss geschehen, um die Situation wesentlich zu verbessern?**

Thomas Poreski - Die Grünen	Ramazan Selcuk - SPD	Günter Herbig - Die Linke	Regine Vohrer - FDP	Frank Glaunsinger - CDU
<p>Vieles, in Stichworten: bessere Arbeitsbedingungen, eine objektive Personalbemessung und endlich eine angemessene Bezahlung, bessere Zugänge durch umfassende Weiterbildungsmöglichkeiten für Ein- und Umsteiger*innen.</p>	<p>Pflege ist einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft und als solchen sollten wir sie sehen und auch fördern. Das heißt es ist ein klares Umschwenken nötig, weg von der Privatisierung dieser Branchen, denn das Personal und die verschiedenen Einrichtungen selbst sind keine Kapitalanlagen, sondern das Rückgrat unserer Gesellschaft. Dementsprechend verdienen sie eine höhere Bezahlung und deutlich mehr Respekt von uns allen.</p> <p>Außerdem sehe ich das vorherrschende Zwei-Klassen-System der Versicherungspolitik als nicht weiter tragbar. Ich bin für eine einheitliche Bürgerversicherung, damit alle auch den Anspruch auf die gleiche Versorgung haben, wie es in einem Sozialstaat eigentlich Grundvoraussetzung sein sollte.</p>	<p>Die Bezahlung in Ausbildung und Beruf muss deutlich erhöht werden. Nicht wenige Pflegekräfte verlassen ihren Beruf nach viel zu kurzer Zeit (Fluktuation), weil bei meist zu geringer Entlohnung die Belastungen auf Dauer nicht ertragbar sind. Die Pflegeschlüssel (Verhältnis Pflegekraft: zu Pflegende) müssen endlich gesenkt werden (international mit am niedrigsten). Ein Aufstehen und Händeklatschen reicht da nicht aus! Bessere Bedingungen könnten ausgestiegene Fachkräfte wieder zurückholen! Das DRG-System mit den Fallpauschalen muss durch echte, vollständige Kostenübernahme abgelöst werden und darf nicht zu „blutigen Entlassungen“ führen, weil das Krankenhaus „sparen“ muss. Das Land muss endlich 100 statt 50 Prozent seiner gesetzlichen Investitionsverpflichtung übernehmen. Aktuell müssen sich Krankenhäuser verschulden, wenn die Träger die fehlenden Kosten nicht zu Lasten anderer Projekte zuschießen (z.B. auch Kommunen). Stopp mit den geplanten 65 Standortschließungen in BaWü! Die Standard- und Notfallversorgung muss Standort-nah erhalten bleiben (Notfall, Chirurgie, Innere, Geburtshilfe).</p>	<p>Wir wollen die Belange der Pflege insgesamt in den Fokus rücken. Dazu gehören ein landesweiter Altenhilfeplan sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die innovative Lösungen für eine Verbesserung der Lebensqualität pflege- und betreuungsbedürftiger Menschen jeden Alters entwickeln. Die Pflegenden müssen von bürokratischem Ballast befreit, pflegende Angehörige besser unterstützt werden. Wir wollen aber auch die Landesheimbauverordnung und das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz so umgestalten, dass mehr Pflegeplätze und bessere Arbeitsbedingungen entstehen. Wir brauchen ein Fördermodell für eine 24-Stunden-Betreuung, um diesen Bereich aus der Grauzone zu holen.</p>	<p>Ich bin selbst Notfallsanitäter im Rettungsdienst und weiß um die Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen. Applaus hilft diesen ebenso wenig, wie einfach nur mehr Geld. Wir brauchen ganzheitliche Lösungen, familienfreundlichere Dienstpläne, anständige Regelungen zu Schicht und maximalen Dienstzeiten, sowie zu Feiertags- und Wochenenddiensten. Hier müssen dringend alle Beteiligten an einen Tisch gebracht werden und miteinander Lösungen erarbeiten, die dem Fachkräftemangel durch attraktivere Beschäftigungsbedingungen entgegenwirken. Damit wird auch die Anerkennung in der Gesellschaft hoffentlich weiter steigen. Denn: Diese Menschen machen einen unglaublich wichtigen Job. Wenn der ÖPNV bestreikt wird, komme ich nicht von A nach B. Gibt es keine Alten- und Krankenpfleger, kommen viele Menschen nicht einmal vom Bett zur Toilette!</p>

**6. Die Klimakrise beunruhigt uns alle! Welche Maßnahmen sind für Sie besonders dringend, um zu erreichen, dass künftige Generationen in einer gesunden Umwelt leben können?**

Thomas Poreski - Die Grünen	Ramazan Selcuk - SPD	Günter Herbig - Die Linke	Regine Vohrer - FDP	Frank Glausinger - CDU
<p>Die Corona-Pandemie zeigt uns: Die <b>Zerstörung der Natur</b> kostet uns unseren Wohlstand, unseren Alltag und Menschenleben. Denn die Naturzerstörung ist die Krise hinter dieser Krise. <b>Umweltzerstörung, Klimakatastrophe und Artensterben</b> vernichten vielerorts unsere Lebensgrundlagen, denn sie begünstigen Zoonosen wie Corona. Wir bauen daher Brücken in eine klimaneutrale Zukunft Made in Baden-Württemberg - zusammen mit Forschung, Unternehmen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in unserer starken Region. Dies schafft <b>zukunftsfähige Arbeitsplätze</b> - im <b>Cyber Valley</b>, mit bahnbrechenden Entwicklungen in der <b>Gesundheitswirtschaft</b>, der <b>künstlichen Intelligenz</b>, bei <b>grüner Energie</b> und <b>Digitalisierung</b>. Mit Winfried Kretschmanns <b>Strukturdialog zur Automobilwirtschaft</b>, zu dem auch ich beitrage, fördern wir Strukturwandel ohne Brüche. Dazu gehören zudem die bundesweit beste <b>Radverkehrsförderung</b>, barrierefreier öffentlicher Nahverkehr und die <b>Regionalstadtbahn</b>. Als ehrenamtlicher Aufsichtsrat einer Genossenschaft engagiere ich mich leidenschaftlich für <b>erneuerbare Energien</b>. <b>Wir wissen: Die Klimakrise lässt sich nicht wegpipfen, aber wir haben allen Grund zur Zuversicht!</b></p>	<p>Es steht fest, für unser aller Zusammenleben brauchen wir in der heutigen Zeit eine riesige Menge an Energie. Deswegen stellt sich hier die Frage, woher soll diese Energie kommen? Energiequellen wie Kohlekraft oder Atomkraft sind mit Blick auf unsere Kinder und alle weiteren Generationen nicht zukunftsfähig. Ich will mich also stark machen, für eine bessere Förderung und Nutzung von Wind-, Wasser- und Sonnenenergie. Des Weiteren bin ich auch der Meinung, dass es unablässlich ist weiter Forschung zu betreiben, was Speichertechnik und Energieeffizienz bzw. -einsparung angeht, um alle Möglichkeiten voll auszuschöpfen, um die Emissionen zu verringern und unsere Umwelt zu schützen. In allen dieser Punkte hat gerade auch Baden-Württemberg starken Nachholbedarf.</p>	<p>Es braucht eine deutliche Mobilitätswende. Halbierung des individuellen Autoverkehrs bis 2030 – heißt: Alle Anstrengungen für attraktiven, bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr. (Am besten Ticket- und Kosten-frei). Heißt auch: Abschied vom Verbrennermotor. Den kauft in 10 Jahren niemand mehr! Aufhören mit dem massiven Flächenverbrauch – vor allem im Straßenbau. Dementsprechende Überprüfung anstehender Straßenbauprojekte. Rückbau von Straßenverkehrs- und Parkraum. Verdichtung statt Ausdehnung beim Häuserbau. Massive Subventionen bei energetischen Sanierungen. Solar auf alle Immobilien des Landes und der Kommunen. Förderung nachhaltiger Landwirtschaft statt der Massenproduktion. Verbot von Pestiziden, die z.B. Vögel und Insekten vernichten. Intelligente Begleitkriterien für Windkraft beschließen: z.B. Beteiligung von Kommunen an Windkraft-Erträgen im Nahbereich. Betonwerke als Klimakiller (CO2-Schleudern) höher besteuern. Andere Bauweisen (z.B. Holz) fördern.</p>	<p>Den Beitrag des Verkehrs am Klimaschutz möchte ich technologieoffen unter Berücksichtigung von synthetischen Kraftstoffen und alternativen Antriebsformen gestalten. Um die Verkehrs- und Wärmewende voranzutreiben, bin ich für die Förderung von Innovationen im Bereich CO<sub>2</sub>-Vermeidung, -Nutzung und -Speicherungstechnologien. Neben der Verwertung biogener Reststoffe zur Erzeugung von Bio-Methan müssen wir vor allem den Einstieg in die dezentrale Gewinnung von Wasserstoff mittels Wasser-Elektrolyse auf den Weg bringen.</p>	<p>Wir haben ein festes Ziel vor Augen: 1,5 °C, auf die wir die Klimaerwärmung begrenzen müssen. Dazu muss jeder seinen Beitrag leisten. Die Dekarbonisierung des Verkehrs hat hier einen hohen Stellenwert. Bedeutet: Mehr ÖPNV, mehr alternative Kraftstoffe und Antriebe, weniger fossile Brennstoffe. Wir müssen einsehen, dass wir mit unseren Ressourcen sparsam umgehen, wenn wir wollen, dass künftige Generationen etwas davon haben. Das betrifft auch den Flächenverbrauch sowie den Schutz unserer Schöpfung, der einzigartigen Landschaft in unserer Region.</p>

## 7. Wie stehen Sie zur Entwicklung und zum Einsatz künstlicher Intelligenz?

Thomas Poreski - Die Grünen	Ramazan Selcuk - SPD	Günter Herbig - Die Linke	Regine Vohrer - FDP	Frank Glaunsinger - CDU
<p>Wie bei vielen Technologien kommt es bei der KI auf die politischen und gesellschaftlichen Rahmensetzungen an: KI zur sozialen Überwachung – das chinesische Modell – ist genauso abzulehnen wie die totale Kommerzialisierung nach dem amerikanischen Modell. Das europäische Modell muss sich dem gegenüber an der Wahrung und Stärkung der Bürger*innenrechte orientieren und am humanen Nutzen. Medizinprodukte können davon profitieren – ein Beispiel ist ein intelligenter Gürtel, der es mit Sensoren und künstlicher Intelligenz blinden Menschen ermöglicht sich sicher durch den Raum zu bewegen. Wichtig ist mir auch, dass wir diese Entwicklungen im Land durch einen Ethik-Beirat begleiten lassen, dessen Debatten öffentlich sind und für die Beteiligung von Bürger*innen zugänglich.</p>	<p>Das digitale Fortschreiten der Gesellschaft bietet meiner Meinung nach viele Möglichkeiten und Chancen, weswegen ich auch sehr stolz auf unseren neuen KI-Innovationspark bin, der uns den Zugang zu eben diesen ermöglicht.</p> <p>Künstliche Intelligenz kann aber auch viel Veränderung bringen und stellt uns somit alle auch vor ethische Fragen. Es geht also um eine Werte- und Interessensabwägung und auch eine Folgenabschätzung. Wir müssen uns fragen, wie weit dürfen Systeme und Maschinen über uns bestimmen und wo liegen die Grenzen.</p>	<p>Künstliche Intelligenz kann ungeheuer hilfreich für uns Menschen sein. In der Pflege, der intelligenten Verkehrsführung und vielen anderen Dingen mehr. Wenn es allerdings um militärische Projekte, um Totalüberwachung von uns Menschen u. ä. geht, sagen wir Stopp!</p> <p>Die KI muss uns Menschen dienen. Nicht uns lebensfremden Interessen!</p>	<p>Künstliche Intelligenz ist nicht der befürchtete „Job-Killer“, sondern stellt eine Chance dar, die globale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie langfristig zu sichern. Wir wünschen uns die Weiterentwicklung einer gemeinsamen europäischen Strategie mit der Erarbeitung von zukunftsweisenden Prinzipien zu rechtlichen, gesellschaftlichen und ethischen Fragen, die Bürgerinnen und Bürger schützt und gleichzeitig der Forschung Zugang zu relevanten Daten ermöglicht.</p>	<p>Forschung und Innovation geben in unserem Zeitalter den Takt vor, nicht die Politik. Wir müssen uns mit neuen Technologien auseinandersetzen und diese sinnvoll nutzen. Wir müssen die Arbeitswelt und auch die vielen Menschen, die im Zuge der Digitalisierung um ihren Job bangen, bei diesem Prozess mitnehmen. Aber auch Themen wie der Datenschutz werden in einem Zeitalter, in dem vom Smartphone bis zum Smarthome jedes Gerät mithört, immer wichtiger. Bei allen politischen Entscheidungen, die wir treffen, muss klar sein: Die Technologie ist um des Menschen willen da, nicht umgekehrt. Eine reine Unterwerfung unter Algorithmen und Maschinen darf und wird es mit uns nicht geben.</p>

## 8. Wie stehen Sie zum Export von Rüstungsgütern aus Baden-Württemberg?

Thomas Poreski - Die Grünen	Ramazan Selcuk - SPD	Günter Herbig - Die Linke	Regine Vohrer - FDP	Frank Glaunsinger - CDU
<p>Kritisch, und ich finde es skandalös, dass es immer noch – direkte oder über Umleitungen ermöglichte - Exporte in Krisenländer und Diktaturen gibt.</p>	<p>Ich sehe den Waffenexport sehr kritisch und bin für eine wesentlich stärkere Einschränkung. Es muss stärker kontrolliert werden, wo die Waffen letztendlich hingelangen und was damit geschieht. Zudem sollen Exportgenehmigungen nur noch mit einer zeitlichen Beschränkung von maximal zwei Jahren möglich sein. Als wichtigsten Punkt sehe ich allerdings einen möglichst transparenten Umgang mit den Exporten. Es soll öffentlich und ausführlich begründet werden, weswegen eine Genehmigung ausgestellt wurde.</p>	<p>Wir von der Partei die LINKE lehnen Rüstungsexport generell ab. An deutschen Waffen kann die Welt nicht genesen. Wir wollen, dass endlich angefangen wird, die Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion umzustellen. (Rüstungskonversion). Das ist möglich und weist in die Zukunft, die friedlich sein soll und muss. Es ist schlimm, dass die USA von Stuttgart aus bzw. über Stuttgart mörderische Kriege führen. Kriege von deutschem Boden!? Nicht mit uns LINKEN!</p>	<p>Ich will keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren. Die Unsicherheit und Bedrohung für die Menschen in den betroffenen Gebieten werden hierdurch nachhaltig erhöht und die Chancen auf Friedens- und Konfliktlösungen können ebenfalls behindert werden. Wir Freie Demokraten wollen, dass die EU auch bei der Rüstungsexportpolitik mit einer Stimme spricht. Wir setzen uns deshalb für eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa ein.</p>	<p>Der Staat hat das Gewaltmonopol. Unsere Rüstungsfirmen im Land entwickeln wirkungsvolle Instrumente, die als letztes zu wählendes Mittel und im gesetzlichen Rahmen von Ordnungshütern und Soldaten eingesetzt werden können. Auch in jungen Demokratien, beispielsweise nach dem Arabischen Frühling, ist eine Stabilisierung nur durch eine Polizei möglich, die freiheitliche demokratische Grundordnungen gegen Mächte wie beispielsweise den Islamischen Staat verteidigt. In diesem Rahmen können auch Exporte von Rüstungsgütern sinnvoll sein. Alles, was darüber hinausgeht, müssen wir uns sehr kritisch ansehen. Der wirtschaftliche Erfolg der Unternehmen darf hier kein Argument sein.</p>

**9. Die Verschwendung von Lebensmitteln sollte deutlich reduziert werden? Welche Strategien verfolgen Sie und wie stehen Sie zum sogenannten "Containern"?**

Thomas Poreski - Die Grünen	Ramazan Selcuk - SPD	Günter Herbig - Die Linke	Regine Vohrer - FDP	Frank Glaunsinger - CDU
<p>Containern ist aus meiner Sicht ein wertvolles zivilgesellschaftliches Engagement – und ein richtiger Protest gegen die grassierende Verschwendung, die durch klare Bestimmungen eingedämmt werden muss. Ich fände es richtig, wenn unvermeidbare Reste nach konkreten Regeln für mildtätige Zwecke eingesetzt werden müssten.</p>	<p>Die Verschwendung von Lebensmitteln ist gleichzeitig auch eine beispiellose Ressourcenverschwendung, die Umwelt und Klima belastet. Ich bin für eine gesetzliche Verpflichtung von Lebensmittelhändler*innen, überschüssige Waren an gemeinnützige Organisationen weiterzugeben. Dass dagegen Containern als Straftat gilt halte ich für unververtretbar und dies sollte so schnell als möglich geändert werden.</p>	<p>Es wird schwer sein, die wahnsinnige Überproduktion im Kapitalismus (jeder gegen jeden) zu regulieren. Trauriger Fakt, dass wohl nur dadurch Einrichtungen wie die Tafeln den Abgehängten dieses Systems helfen können. Eigentlich ein Armutszeugnis. Völlig skandalös, dass das „Containern“ verboten sein soll. Wie unklug und unmenschlich und illiberal kann man sein?</p>	<p>Eine Legalisierung des „Containerns“ löst keine Probleme, sondern schafft nur neue. Das Recht am Eigentum darf nicht ausgehöhlt werden, indem Diebstahl in derartigen Fällen legal gestellt wird. Es spricht nichts dagegen, wenn Unternehmen selbst das „Containern“ dulden. Wir lehnen es aber ab, ihnen dies vorzuschreiben. Ich begrüße das Ziel, ein Wegwerfen von nicht verdorbenen Lebensmitteln zu verhindern und diese einer karitativ-sozialen Verwendung zuzuführen. Folgeverwertungen von Lebensmitteln durch Vereine wie die „Tafel“ sollten stärker unterstützt werden.</p>	<p>Zum „Containern“ sollte es in einer Welt, die so digital ist, dass man Lebensmittel eigentlich besser steuern und Abfall vermeiden könnte, eigentlich nicht mehr kommen. Das muss zumindest unser langfristiges Ziel sein. Es gibt genügend Menschen, die sich leider aufgrund eines schmalen Geldbeutels nicht die guten Lebensmittel leisten, die in Supermärkten verworfen werden. Hier muss das Land eingreifen, bevor die Lebensmittel im Container landen. Dafür möchte ich mich gerne einsetzen.</p>

**10. Verschwörungsmychen breiten sich aus, ebenso gewaltsame Proteste. Wie wollen Sie dem politisch begegnen?**

Thomas Poreski - Die Grünen	Ramazan Selcuk - SPD	Günter Herbig - Die Linke	Regine Vohrer - FDP	Frank Glaunsinger - CDU
<p>Die Verletzlichkeit, aber auch die Stärke unserer Zivilgesellschaft wird uns ständig vor Augen geführt – Stichworte Halle, Hanau und Black Lives Matter. Wir erleben das im Landtag mit der AfD hautnah – von dem Versuch, die Demokratie verächtlich zu machen und dem Antrag Mittel für KZ-Gedenkstätten zu streichen über die Behauptung, viele Deutsche seien ja keine echten Deutschen – weil „ethnisch“ keine „Volksdeutschen“ (ein Nazibegriff) – und damit angeblich zu Unrecht wahlberechtigt bis hin zu der Aussage, unsere Landtagspräsidentin Muhterem Aras habe wegen ihrer kurdischen Herkunft nicht das Recht bei deutschen Gedenktagen zu sprechen.</p> <p>Gegen dieses völkische und ausgrenzende Gift stehen wir Grüne im Landtag, als Anwalt*innen für eine demokratische und gewaltfreie Gesellschaft - ganz vorne unsere GRÜNE Landtagspräsidentin Muhterem Aras. Wir stehen nicht einfach gegen ein Übel - völkischen Nationalismus und ausgrenzenden Hassbotschaften -, sondern für demokratische Werte und dafür, dass sich Menschen in einer offenen Gesellschaft zuhause fühlen. Und das zeigen wir an ganz vielen Stellen: Etwa durch Quartiersentwicklung, die Förderung der Jugendsozialarbeit, des Demokratiezentrum, des Antidiskriminierungsnetzwerks, des Aktionsplans für Akzeptanz und gleiche Rechte und unseren bundesweit einmaligen Masterplan Jugend zur Förderung der offenen Jugendarbeit.</p>	<p>Spätestens nach dem Anschlag in Hanau ist klar, dass Verschwörungsmychen - wie „Qanon“ - o.ä. eine großes Gefahrenpotential bieten können. Nicht selten wohnt diesen auch ein nationalistischer Unterton bei, wovon ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Gefahr ausgeht. Somit bin ich der Meinung, dass es die betroffenen Szenen im Auge zu behalten gilt, aber vor allem viel Aufklärungsarbeit von Nöten ist, um präventiv ein Abrutschen in solche Verschwörungsmychen zu verhindern und die daraus möglicherweise resultierende Gewalt zu verhindern.</p>	<p>Wer demonstriert, wenn er materiell abgesichert ist, gut wohnt, auch bildungsmäßig und kulturell nicht abgehängt ist? Damit ist vielleicht das meiste erklärt. Auf abstruse Gedanken kann man sicher leicht Menschen bringen, die das alles nicht haben und Schuldige dafür suchen. Wahrheit, Transparenz sind wichtige Mittel, Misstrauen zu begegnen.</p>	<p>Die Förderung einer positiven Einstellung zu demokratischen Institutionen und zur Rechtsstaatlichkeit ist die beste Vorsorge vor Extremismus. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen eine pädagogische Begleitung für die offenen Fragen unserer Zeit, für die Extremisten jeglicher Couleur einfache Antworten vorgaukeln. Eine Stärkung der Gesellschaftswissenschaften, des Gemeinschaftskundeunterrichts an unseren Schulen ist dabei wichtig. Für Extremisten brauchen wir Aussteigerprogramme, schlagkräftige Ermittlungsbehörden und rechtsstaatlich aber effektiv agierende Nachrichtendienste. Die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden möchte ich stärken, um politisch oder religiös motivierten gewalttätigen Extremismus frühzeitig und effizient bekämpfen zu können.</p>	<p>Zunächst müssen wir immer wieder klarstellen, dass es nicht, wie man manchmal in sozialen Netzwerken oder in der Presse meinen könnte, um breite Mehrheiten geht, die Verschwörungstheorien verbreiten. Aber wir müssen das ernst nehmen. Viele Menschen haben heute das Gefühl nicht mehr dazuzugehören. Entweder aufgrund ihres Einkommens oder weil kritische Ansichten zu gewissen Themen sofort als "Verschwörung" oder auch mit anderen Abwertungen bedacht werden. Wir haben heute verlernt zuzuhören und zu diskutieren, sondern haben uns in der Social Media geprägten Welt angewöhnt, Meinungen anderer zu gefallen oder zu verneinen. Das ist eine gefährliche Gesprächskultur, die sich ändern muss. Das gilt besonders auch für die Politik. Abgeordnete, also Politiker, müssen sich auch in Gesprächsrunden mit Menschen trauen, die nicht die eigene Meinung vertreten. Auch wenn es weh tut und man vielleicht keine Wählerstimmen gewinnt, muss dies einfach sein.</p>

## 11. Zu welchen Fragestellungen wünschen Sie sich klare Positionen der Evangelischen Kirche?

Thomas Poreski - Die Grünen	Ramazan Selcuk - SPD	Günter Herbig - Die Linke	Regine Vohrer - FDP	Frank Glaunsinger - CDU
In vielen gesellschaftlichen Bereichen – Flüchtlinge, Integration, Armut, Ökologie, globale Gerechtigkeit – ist die Evangelische Kirche eine starke und glaubwürdige Stimme. Mehr Klarheit, Sichtbarkeit und wirkungsvolle Kommunikation wünsche ich mir als progressiver Protestant gegen Fundamentalismen aller Art, auch solche mit christlichem Etikett, sowie beim Thema sexualisierte Gewalt – historisch und in der aktuellen Debatte.	Zahlreiche nicht christliche Menschen entscheiden sich dazu Kindergärtner*innen und Lehrer*innen zu werden. Häufig wird hierbei die Erfahrung gemacht, dass diese Menschen von christlichen Einrichtungen nicht eingestellt werden, was einer deutlich erschwerten Jobsuche führt. Welche Position vertreten Sie bei der Einstellung von Nicht-Christ*innen in evangelischen Einrichtungen dieser Art?	Ich denke, dass die Evangelische Kirche, Kirche generell, unbedingt gefragt ist, wenn es um soziale Fragen, soziale Gerechtigkeit und um Fragen des inneren und äußeren Friedens geht. Armut, Flüchtlingseleid. Die von Ihnen gestellten Fragen sind auf der richtigen Spur. Ich bin überzeugt: Jesus würde LINKS wählen!	Nicht nur „die Armen“ brauchen Beistand. Es wäre gut, wenn sich die Kirche auch einmal verstärkt der Probleme derjenigen annehmen würde, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Gerade auch für die Leistungsträger muss das Matthäus-Wort gelten: „Kommt her zu mir, alle, die ihr mühselig und beladen seid; ich will euch erquicken“.	Ich sehe die Politisierung der Kirche zunehmend kritisch. Nicht, weil ich auch ab und an nicht dieselbe Meinung vertrete. Aber eine politische Ausrichtung der Kirche trägt dazu bei, dass gläubige Menschen anderer politischer Meinungen keinen Halt bei persönlichen Problemen im Glauben bzw. den kirchlichen Institutionen finden. Ich würde mir hier sogar weniger klare Positionierungen wünschen. Bei Gesellschaftlichen Themen, Integration, sozialen, gesellschaftlichen und Lebensfragen sehe ich die Kirche als Taktgeber im christlichen Abendland an. Hier sollte die Kirche wieder zu ihren Kernkompetenzen zurückkehren.

Die Reihenfolge der Antworten ergibt sich aus dem Eingang. Der Landtagskandidat der AfD, Ingo Reetzke, hat sich nicht gemeldet.

Für die OFFENE KIRCHE Bezirk Reutlingen  
 Regina Hauptert  
 Dußlingerstr. 36  
 72810 Gomaringen  
 Regina.hauptert@gmx.de